

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Dr. Peter Mitzscherling
MdB, stellvertretender
Obmann der SPD-Bundes-
tagsfraktion im Ausschuß
für Wirtschaft, setzt
sich für rasche Zins-
senkungen ein.

Seite 1/2

Dieter Haak MdL, nord-
rhein-westfälischer Mi-
nister für Bundesange-
legenheiten, fordert mehr
Koordinierung von Ener-
gie- und Raumplanung.

Seite 3/4

Dr. Liesel Hartenstein
MdB, protestiert gegen
die Pläne, den Kranken-
hausaufenthalt nach einer
Geburt aus Kostengründen
zu verkürzen.

Seite 5

Inge Wettig-Danielmeier
MdL, Bundesvorsitzende
der Arbeitsgemeinschaft
sozialdemokratischer
Frauen (AsF), würdigt
das politische Leben der
Elisabeth Selbert.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 812-1

36. Jahrgang / 179

21. September 1961

Die Zeit ist reif für Zinssenkungen

Von Dr. Peter Mitzscherling MdB
Stellvertretender Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im
Ausschuß für Wirtschaft

Die zunehmend starke Nachfrage des Auslandes nach deutschen
Ergzeugnissen weist nicht nur auf ein hohes Maß an unter-
nehmerischer Flexibilität und Fähigkeit zur strukturellen
Anpassung hin. Die höheren Inflationsraten in fast allen
anderen Industrieländern und die Abwertung der Deutschen
Mark gegenüber dem US-Dollar haben auch die preisliche Wett-
bewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure vergrößert.

Mag auch mancher ausländische Käufer seine Bestellungen
vorgezogen haben, weil er mit einer Aufwertung der DM
rechnete, so zeigt sich inzwischen - auch nach Einschätzung
der Deutschen Bundesbank - eine klare Tendenz zum dauerhaf-
ten Abbau unseres Leistungsbilanzdefizits. Die Finanz-
märkte reagieren entsprechend. Die Kapitalmarktzinsen sin-
ken wieder, der US-Dollar, für den noch vor wenigen Wochen
fast 2,60 DM zu zahlen waren, ist heute für weniger als
2,30 DM zu haben. Der Handlungsspielraum der Bundesbank
hat sich damit innerhalb kurzer Zeit beträchtlich ver-
größert. Das Vertrauen in die DM und in die Exportkraft
der deutschen Wirtschaft kehrt offenbar schneller zurück



als vielfach erwartet. Wenn auch die Leistungsbilanzverbesserung bei uns langsamer als in Japan 1980 verlaufen dürfte, erscheint die Zeit für geldpolitische Erleichterungen nunmehr erreicht. Dies vor allem deshalb, weil

1. die Aufwertung der DM gegenüber dem Dollar zu rasch kommt und die Auswirkungen dieser Entwicklung auf das zarte Pflänzchen "Handelsbilanzüberschuß" höchst ungewiß sind - denn unsere Produkte werden auf dem Weltmarkt nun wieder teurer -,
2. monetäre Erleichterungen als ein entscheidendes wirtschaftspolitisches Signal für mehr Wachstum, mehr Investitionen und mehr Beschäftigung verstanden würden.

Die Hinwendung der Geldpolitik zu einem stärker binnenwirtschaftlich orientierten Kurs, der niedrigere Zinsen erforderlich macht, würde zwar nicht überall sofort greifen, sich aber nach aller Erfahrung schnell auf den stärkeren Aufbau von Vorräten bei Produzenten und Handel auswirken. Eine geldpolitische Lockerung durch die Bundesbank wäre somit sicherlich wirksamer als jedes kurzfristige Beschäftigungsprogramm. Dies zu erreichen war und ist das Ziel der haushaltspolitischen Maßnahmen für 1982, nämlich durch Beschränkung der staatlichen Nettokreditaufnahme Spielräume für eine Zinssenkung zu schaffen, die dann eine Steigerung der privaten Investitionen ermöglichen. Diese sind Voraussetzung für erneutes wirtschaftliches Wachstum und steigende Beschäftigung. Und wir brauchen Arbeitsplätze, sichere Arbeitsplätze, die den Menschen in unserem Land soziale Sicherheit auch in der Zukunft gewährleisten!

(-/21.9.1981/ks/hgs)

+ + +



Keine optimale Mischung der Wärmeversorgung

Langfristig ist eine Anlehnung an örtliche Strukturen nötig
Von Dieter Haak

Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen

Die Energiepolitik steht unter starken Zwängen des Umweltschutzes. In den hochindustrialisierten Staaten sieht sie sich vor allem folgenden Anforderungen gegenüber:

- Sicherung der Energieversorgung durch räumliche und technische Dezentralisierung sowie siedlungsangepaßte Mischung verschiedener Energieversorgungsformen.
- Rationelle Energieverwendung durch Fernwärmeausbau und verstärkte Nutzung der Solar- und Umgebungswärme.
- Stärkung der Umweltgesichtspunkte bei der Energieplanung.
- Chancen und Gefahren einer zukunftsorientierten Energiepolitik lassen sich augenfällig am Ruhrgebiet, aber auch zwischen Köln und Aachen, demonstrieren.
Vor allem drei Problembereiche gibt es hier:

1. Nordrhein-Westfalen ist eine Stromexportregion. Der Stromexport wird volkswirtschaftlich betrachtet immer aufwendiger. Die Umweltbelastungen im Stromerzeugungsgebiet sind ganz erheblich. Nordrhein-Westfalen sollte sich bei seinem Ersatz- und Zubaubedarf von Kraftwerken vermehrt am künftigen Eigenbedarf orientieren.
2. Die Frage der Kraftwerksgrößen und der Kraftwerkskapazitäten ist bisher fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Energieversorgungswirtschaft beantwortet worden. Hier wird es in Zukunft verstärkt auch auf umweltpolitische Gesichtspunkte ankommen. Die Formel von der technischen und ökonomischen Effizienz großer Einheiten ist mittlerweile sogar in Teilen der Energiewirtschaft nicht mehr ganz unumstritten.
3. Die gegenwärtige Mischung der Wärmeversorgungsformen (Öl, Kohleheizung, Gas, Fernwärme, Elektroheizung) ist weder energietechnisch noch umweltpolitisch optimal. Sie muß langfristig in enger Anlehnung an die jeweils herrschenden örtlichen oder regionalen Siedlungsstrukturen und Angebote grundlegend geändert werden.

Umweltpolitisch am interessantesten dürfte das Thema Wärmeversorgung sein. Für die Gebäudeheizung in der Bundesrepublik Deutschland wird heute jährlich ein Energieäquivalent von 130 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten eingesetzt. Wissenschaftler sind der Auffassung, daß durch Techniken der rationellen Energieverwendung und durch an die Siedlungsformen optimal angepaßte Wärmeversorgungssysteme der primäre Energiebedarf für Heizzwecke auf etwa die Hälfte des heutigen Bedarfs zurückgeführt werden kann. Dies gilt selbst bei einer angenommenen Zunahme der Wohnflächenversorgung um 30 Prozent und einer völligen Umstellung von Einzelöfen auf Sammelheizung. Von den 24 Millionen Haushalten der Bundesrepublik Deutschland heizten 1978 mit Öl 52,3, Kohle 18, Gas 15,9, Fernwärme sieben und Strom sieben Prozent. 63 Prozent des gesamten Primärenergieverbrauchs entfallen auf Schwefeldioxyd emittierende Energieträger. Davon werden 38 Prozent bei Haushalten und Kleinverbrauchern verbrannt. Das entspricht fast 99 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten pro Jahr. Bei einer Zurückdrängung der Einzelöfen- und Einzelhaushheizung ließe sich die Schwefeldioxydemission in großem Maße vermindern.

Ein enormes Einsparungspotential steckt in der Kraftwärmekopplung, dem Fernwärmeausbau. Vor wenigen Monaten habe ich in einer Studie auf die Bedeutung der Fernwärme für die Energieversorgung hingewiesen. Dies gilt nicht nur wegen der dringend erforderlichen Substitution des Öls, sondern auch weil diese Heizungsart besonders umweltverträglich ist. Bei einer solchen dezentralen Investitionsstrategie geht es praktisch um den regional gezielten Gas- und Fernwärmeausbau, um die Nutzung von Abwärme aus Kraftwerken und Industrieunternehmen, den Einsatz kleiner dezentraler Blockheizkraftwerke und Wärmepumpen sowie um die örtlich angemessene Nutzung der Solar- und Umgebungswärme. Erste planerische und investive Maßnahmen auf dem Gebiet der regionalen Versorgungskonzepte sind mit Hilfe der Bundes- und Landesregierung in Nordrhein-Westfalen durchgeführt worden (Regionales Energieversorgungskonzept Ruhrgebiet).

Für die energietechnisch und umweltpolitisch wirkungsvollste Ausschöpfung des Einsparungs- und Substitutionspotentials ist eine enge Koordination zwischen Energieversorgung und räumlicher Planung auf mehreren Ebenen notwendig: Auf der Ebene der Gebäude (Projektplanung), des Stadtquartiers (Stadtteilentwicklungsplanung, Sanierungsplanung, Bauleitplanung), der Stadt- oder Gemeinde sowie des regionalen Bereichs (Regionalplanung und Landesplanung). Die bisherigen Diskussionen haben klar gezeigt, daß die Verwirklichung optimaler örtlicher und regionaler Energieversorgungskonzepte eine entscheidende Stärkung der Position der kommunalen und regionalen Planung und Versorgungswirtschaft gegenüber den überregionalen Stromverbund- oder Ferngasgesellschaften voraussetzt.

Die stärkere Berücksichtigung volkswirtschaftlicher und umweltpolitischer Gesichtspunkte bei der Energieversorgung bedeutet allerdings weder eine Verstärkung des Zentralismus noch die Einführung der "Planwirtschaft". Vielmehr ist neben einer organisatorischen Dezentralisierung in der Energieversorgungswirtschaft auch eine dezentrale Investitionsstrategie erforderlich. Zum Beispiel ist es vorteilhaft, ein Fernwärmenetz "von unten her" aufzubauen, unter Nutzung unterschiedlichster Fernwärmetechnologien und Abwärmequellen. Für einen solchen dezentralen Aufbau eignen sich Regionen wie das Ruhrgebiet, aber auch die Rheinschene, in hervorragender Weise. Eine dezentrale Strategie ist nicht nur umweltgerechter, sie läßt sich auch leichter durchsetzen, wenn man an die komplizierten siedlungsstrukturellen Verhältnisse und an die Stadtentwicklung denkt. Am Anfang kommen nur kleine Siedlungsbereiche für die Fernwärmeerschließung in Frage, die vom Modernisierungszyklus her dafür geeignet erscheinen. Einem gut durchmodernisierten Stadtteil, der gerade auf Gaszentralheizung umgestellt hat, dürfte die Fernheizung kaum schmackhaft zu machen sein. Daher muß man mit Fernwärmeinseln und kleinen Heizkraftwerken unter Einbindung günstig gelegener Abwärmequellen anfangen. Später können die Inseln zu überörtlichen Netzen zusammengeschlossen werden, die auch von Heizkraftwerken größerer Kapazität zu versorgen sind. Erst im regionalen Verbund kleiner örtlich orientierter Fernwärmenetze käme die Abwärmenutzung aus Großkraftwerken in Frage. Eine solche Strategie deckt sich freilich noch nicht mit den Investitionsvorstellungen der Stromwirtschaft. Ich rechne damit, daß ein Prozeß des Umdenkens einsetzen wird. Ein verbessertes Instrumentarium könnte bereits durch eine Änderung des Energiewirtschaftsrechts bereitgestellt werden. Das Energiewirtschaftsgesetz aus dem Jahre 1936 entspricht nämlich in keiner Form mehr den heutigen Erkenntnissen über eine sinnvolle Gesamtenergienutzung.

Die Wohnumwelt in Ballungsgebieten könnte verbessert werden, wenn zum Beispiel

- der Geltungsbereich des Energiewirtschaftsgesetzes auf Fernwärme und andere Energiearten ausgedehnt,
- eine Abwärmeabgabe für Kraftwerke und
- eine Regelung für die Aufstellung von Energiewirtschaftsplänen durch die Gemeinden eingeführt würden.

Die erforderliche Koordination von Energieplanung und räumlicher Planung macht es notwendig, auch das Förderungsinstrumentarium besser aufeinander abzustimmen. Die Vergabe staatlicher Zuschüsse sollte an örtliche und regionale Energieversorgungskonzepte gebunden werden. (-/21.9.1981/h1/va)

Nur sechs Tage Ruhe nach einer Geburt?

Verkürzung des Klinikaufenthalts ist Sparen am falschen Platz

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Mitglied der AG "Frauenpolitik" der SPD-Bundestagsfraktion

Der Forderung nach Kostendämpfung im Gesundheitswesen wird jedermann zustimmen. Auch der, daß es nicht mit wenigen punktuellen Änderungen getan ist, sondern daß an vielen Stellen angesetzt werden muß. Falsch wäre es jedoch - und wenig familienfreundlich obendrein! -, ausgerechnet an der Mutter und den Neugeborenen sparen zu wollen. Bei einer "normalen" Geburt soll künftig der Klinikaufenthalt nur noch sechs statt zehn Tage betragen. Dagegen sprechen eine Reihe von Gründen:

1. Die allerwenigsten Geburten verlaufen heute völlig "normal", das heißt ohne die Hilfe des Arztes und ohne kleinen operativen Eingriff. Schon allein dieser Heilungsprozeß vollzieht sich nicht in wenigen Tagen.
2. Die Erschöpfung der Mutter durch eine Geburt ist beträchtlich. Nicht umsonst spricht man traditionell vom "Wochenbett", das heißt die Mindesterholungszeit beträgt eine Woche. Auch dies reicht nur dann, wenn keine zusätzlichen Eingriffe nötig waren und wenn keine sonstigen gesundheitlichen Belastungen vorliegen.
3. Im Gegensatz zu früher hat heute die junge Mutter in der Familie in der Regel keinerlei Hilfs- oder Pflegekräfte zur Verfügung. Umsomehr spricht dafür, daß sie selbst erst ausreichend zu Kräften gekommen sein muß, wenn sie ihr Baby und die übrige Familie wieder selbst versorgen soll.
4. Erfreulicherweise sind die jungen Mütter heute wieder in großer Zahl bereit, ihr Kind zu stillen. Um diesen Prozeß in Gang zu setzen, ist ebenfalls eine angemessene Zeit der Ruhe und Schonung nötig, vor allem aber eine Erneuerung der Kräfte, die nicht in wenigen Tagen vorstatten geht.

Einzigste Alternative zum teuren Klinikaufenthalt ist nach wie vor die Hausgeburt. Dazu sind allerdings einige Voraussetzungen nötig:

- der Beruf der freien Hebamme muß wieder attraktiver gemacht werden;
- die früher übliche Kombination "praktischer Arzt und Geburtshelfer" sollte wieder zur Regel werden, damit erforderlichenfalls der Hausarzt zur Unterstützung der Hebamme zur Verfügung steht;
- die Bereitstellung einer Pflegekraft für eine angemessene Zeit ist unerlässlich.

Es wäre eine originäre Aufgabe der Krankenkassen, einmal die Realisierungsmöglichkeiten und den Kostenaufwand für diese Maßnahmen durchzuprüfen.

Eine pauschale Verkürzung des Klinikaufenthalts nach einer Entbindung ist abzulehnen. Viel wichtiger wäre es demgegenüber, endlich dem Unfug der "programmierten Geburt", der sich in vielen unserer Krankenhäuser breit gemacht hat, auf den Leib zu rücken. Durch die - nicht selten aus rein organisatorischen (!) Gründen - künstlich eingeleitete, künstlich verzögerte oder künstlich beschleunigte Geburt können erhebliche Gesundheitsschäden bei Mutter und Kind verursacht werden, die früher oder später unter Umständen auch kostermäßig gewaltig zu Buche schlagen. Hier liegt eine gesundheitspolitische Aufgabe, deren Lösung keinen Aufschub mehr duldet. (-/21.9.1981/ks/hgs)

+ + +



Der Kampf um die Gleichberechtigung

Zum 85. Geburtstag der Sozialdemokratin Elisabeth Selbert

Von Inge Wettig-Danielmeier Mdl

Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen

"Männer und Frauen sind gleichberechtigt". Daß dieser Satz, zumindest gleichsam als Forderung in unserem Grundgesetz (Artikel 3, Absatz 2) festgeschrieben ist, erscheint uns heute selbstverständlich. Vor etwas mehr als 30 Jahren, 1948/49, empfanden die meisten Väter des Grundgesetzes diese Formulierung als absolut unzumutbar. Elisabeth Selbert, die Frau, der wir diesen Satz verdanken, diese Selbstverständlichkeit, ohne die doch alle Kämpfe um Gleichberechtigung ungleich schwerer, wenn nicht unmöglich wären, Elisabeth Selbert, wird am 22. September 85 Jahre alt. Ein guter Anlaß, ihr noch einmal zu danken.

Sie hat kämpfen müssen, zunächst sogar gegen die Genossin und die Genossen aus der eigenen Fraktion. Als sie hier so viel Überzeugungsarbeit geleistet hatte, daß die Fraktion ihren Antrag übernahm und in die Beratungen einbrachte, lehnten ihn die christ- und freidemokratischen Mitglieder des Parlamentarischen Rates entschieden ab. Sie wollten nicht über die Bestimmung der Weimarer Verfassung hinausgehen, ihr Antrag lautete, "Gleiches gleich, Verschiedenes nach seiner Eigenart" zu behandeln. Elisabeth Selbert begab sich auf die Reise und mobilisierte bundesweit die Frauen gegen das "Ausnahmegesetz", das sie zu erwarten hätten, wenn der CDU/FDP-Antrag durchkäme. Es gelang ihr, sogar konservative Frauenverbände von ihrer Ansicht zu überzeugen. Im Hauptausschuß des Rates kündigte sie an, "daß in der gesamten Öffentlichkeit die maßgeblichen Frauen ... dazu Stellung nehmen werden, und zwar derart, daß unter Umständen die Annahme der Verfassung gefährdet ist". Darauf wollte es der Parlamentarische Rat nicht ankommen lassen und nahm im Januar 1949 ihren Antrag an.

Daß diese Frau heute den meisten Schülern unbekannt sein dürfte, gehört zu den Eigenarten bundesdeutscher Geschichtsaneignung. Deshalb noch einiges zur Biographie von Elisabeth Selbert: Als Tochter eines Justizbeamten 1896 in Kassel geboren, arbeitete sie nach dem Besuch der höheren Handelsschule zunächst als Auslandskorrespondentin, später als Telegraphenbeamtin. Nach ihrer Heirat, 1920, machte sie als Externe das Abitur und begann nach der Geburt von zwei Söhnen 1926 mit dem Jura-Studium. 1929 machte sie ihr Referendarexamen und promovierte 1930 über ein Thema, das erst fast 50 Jahre später im Rahmen des neuen Eherechtes gesetzlich verankert wurde: "Ehezerrüttung als Scheidungsgrund". 1934 wurde sie, als eine der letzten Frauen während der NS-Zeit, als Anwältin zugelassen. Bereits 1918 war sie in die SPD eingetreten und hatte 1921 als Delegierte an der 2. Bundesfrauenkonferenz teilgenommen. Während des Krieges beschränkte sie sich beruflich auf Unpolitisches, der illegale Kontakt zu den politischen Freunden riß jedoch nicht ab. 1946 wurde sie Mitglied der Verfassunggebenden Versammlung des Landes Hessen und gehörte dem Hessischen Landtag bis 1958 an. 1948 wurde sie, nicht zuletzt aufgrund eines Vorschlages von Freunden aus Niedersachsen, in den Parlamentarischen Rat berufen (61 Männer, vier Frauen).

Bis vor wenigen Monaten hat Dr. Elisabeth Selbert noch aktiv in ihrer Rechtsanwaltspraxis gearbeitet. Was sie sich jetzt noch wünscht ist, daß Frauen noch mehr Kraft und Mut aufbringen, um endlich das durchzusetzen, was ihnen zusteht.

(-/21.9.1981/ks/hgs)

+ + +

